



Missionsärztliches Institut Würzburg

Katholische Fachstelle für internationale Gesundheit

Satzung

Verein für ärztlichen Dienst in Übersee



Medical Mission Institute Würzburg

Catholic Advisory Organisation for International Health

Articles of Association

Association for
Overseas Medical Services

SATZUNG
des
„VEREIN FÜR ÄRZTLICHEN DIENST IN ÜBERSEE –
MISSIONSÄRZTLICHES INSTITUT WÜRZBURG“

(in der Fassung gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 19.06.1995
und Beschlüssen der Vertreterversammlungen vom
05.06.1996, 04.06.1997, 12.06.2007, 24.05.2012 sowie vom 04.06.2014)

§ 1 Name, Sitz, Rechtsnatur

- (1) Der Verein führt den Namen:
„Verein für ärztlichen Dienst in Übersee – Missionsärztliches Institut Würzburg“.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz und seine Verwaltung in Würzburg.
- (3) Der Verein besitzt die Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein kraft staatlicher Verleihung nach § 22 BGB durch Entschließung des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 03.11.1931 Nr. 403 b 19.
- (4) Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse findet Anwendung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein ist eine von missionierenden Ordensgemeinschaften gegründete Initiative christlicher Laien für umfassende und auf Dauer angelegte Gesundheitsarbeit in der „Einen Welt“ im Rahmen des Heilungsauftrages der katholischen Kirche.

(2) Der Verein verwirklicht diesen Zweck insbesondere durch

1. die Beratung und Begleitung von kirchlichen und anderen Gesundheitsdiensten in Entwicklungsländern im Sinne der vorrangigen Option für die Armen,
2. die Vorbereitung, die Weiterbildung und Förderung von Fachkräften für diese Dienste,
3. die Entsendung eigener Fachkräfte in diese Dienste,
4. die fachliche Beratung von Hilfswerken in Gesundheitsfragen,
5. die Förderung wissenschaftlicher Studien im medizinischen und sozialen Bereich, insbesondere in den Tropen,
6. das Eintreten in der Öffentlichkeit für die Anliegen der Menschen in den Entwicklungsländern,
7. die Fürsorge für erkrankte und bedürftige Missionskräfte,
8. die Mitträgerschaft und Mitarbeit in der Missionsärztlichen Klinik GmbH Würzburg als christlichem Krankenhaus und Ausbildungsstätte.

(3) Der Verein kann zur Erreichung seines satzungsmäßigen Zweckes auch Gesellschaften gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen, sofern solche dem Vereinszweck dienen.

§ 3 Steuerbegünstigte Zwecke

(1) Der Verein verfolgt mit seinem in § 2 festgelegten Vereinszweck ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und wissenschaftliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO). Er verwirklicht hierbei

- a) die gemeinnützigen Zwecke im Sinne des § 52 AO durch die Förderung der Arbeit der katholischen Kirche im Rahmen ihres Weltauftrages, insbesondere durch Förderung des Gesundheitsdienstes, durch Betrieb und Unterstützung entsprechender Einrichtungen und Ausbildungsstätten, z.B. in der Missionsärztlichen Klinik gGmbH und im Hanna-Decker-Haus, Würzburg;
- b) die mildtätigen Zwecke im Sinne des § 53 AO durch selbstlose Unterstützung von bedürftigen Personen,
 1. die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes auf die Hilfe anderer angewiesen sind oder
 2. deren Bezüge nicht höher als das Vierfache des Regelsatzes der Sozialhilfe im Sinne des § 22 des Bundessozialhilfegesetzes sind; beim Alleinstehenden oder Haushaltsvorstand tritt an die Stelle des Vierfachen das

Fünffache des Regelsatzes. Dies gilt nicht für Personen, deren Vermögen zur nachhaltigen Verbesserung ihres Unterhalts ausreicht und denen zugemutet werden kann, es dafür zu verwenden. Bei Personen, deren wirtschaftliche Lage aus besonderen Gründen zu einer Notlage geworden ist, dürfen die Bezüge oder das Vermögen die genannten Grenzen übersteigen. Bezüge im Sinne dieser Vorschrift sind

- a) Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes und
- b) andere zur Bestreitung des Unterhaltes bestimmte oder geeignete Bezüge, die der Alleinstehende oder der Haushaltsvorstand und die sonstigen Haushaltsangehörigen haben. Zu den Bezügen zählen nicht die Leistungen der Sozialhilfe, Unterhaltsleistungen an Personen, die ohne die Unterhaltsleistungen sozialhilfeberechtigt wären. Unterhaltsansprüche sind zu berücksichtigen.

Die mildtätigen Satzungszwecke werden insbesondere verwirklicht durch die Fürsorge für erkrankte und bedürftige Missionskräfte.

- c) Der Verein verfolgt auch wissenschaftliche Zwecke durch Förderung von Forschung und Lehre, insbesondere durch die Förderung medizin-soziologischer und tropenmedizinischer Studien z.B. in der Missionsärztlichen Klinik gGmbH und im Hanna-Decker-Haus Würzburg.

- (2) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel des Vereins nach § 4 dürfen nur für seine satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die mit einem Ehrenamt betrauten Mitglieder haben nur Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich erfolgten Auslagen.

§ 4 Mittel des Vereins

Die zur Erfüllung des Vereinszweckes erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch

1. Mitgliedsbeiträge, über deren Höhe und Fälligkeiten die Vertreterversammlung beschließt,
2. Spenden,
3. die Einnahmen aus Vermögensverwaltung und
4. sonstige Zuwendungen an den Verein.

§ 5 Mitgliedschaft

- (1) Der Verein hat
 - a) korporative Mitglieder
 - b) persönliche Mitglieder
- (2) Korporative Mitglieder des Vereins sind derzeit
 1. Diözese Würzburg, Körperschaft des öffentlichen Rechts
 2. DOK – Deutsche Ordensobernkonferenz e.V.
 3. missio – Internationales Kath. Missionswerk e.V., Aachen
 4. missio – Internationales Kath. Missionswerk Ludwig Missionsverein KdöR, München
 5. Päpstliches Missionswerk der Frauen in Deutschland e.V.
 6. Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ e.V.
 7. Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
 8. Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission e.V.
 9. Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V.
 10. Deutscher Caritasverband e.V.
 11. DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.
 12. Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Weitere korporative Mitglieder können nur aufgenommen werden, wenn nach deren Satzung (Statuten) die Unterstützung und Förderung des Vereinszweckes möglich ist.

- (3) Persönliche Mitglieder können die Personen werden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung im Missionsärztlichen Bund zusammengeschlossen sind. Diese haben ein Recht auf Aufnahme in den Verein. Als weitere persönliche Mitglieder können Personen aufgenommen werden, die bereit sind, die Ziele und Zwecke des Vereins nach Kräften zu unterstützen und zu fördern.
- (4) Die Aufnahme von persönlichen Mitgliedern erfolgt durch den Vorstand, von korporativen Mitgliedern durch die Vertreterversammlung.
- (5) Die Mitgliedschaft erlischt durch
 1. schriftliche Austrittserklärung gegenüber dem Vorstand zum Schluss eines Geschäftsjahres;
 2. Auflösung eines korporativen Mitglieds oder Verlust von dessen Rechtsfähigkeit;
 3. Ausschluss aus dem Verein.
- (6) Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich den Interessen des Vereins zuwiderhandelt. Dies ist insbesondere der

Fall, wenn ein schwerwiegender Verstoß gegen die Satzung oder gegen Anordnungen der Vereinsorgane zu verzeichnen ist. Den Antrag auf Ausschluss kann jedes Mitglied stellen. Über den Antrag entscheidet bei persönlichen Mitgliedern der Vorstand, bei korporativen Mitgliedern und Vorstandsmitgliedern die Vertreterversammlung. Gegen eine Ausschlussentscheidung, die mit Gründen zu versehen und dem Betroffenen mittels „Einschreiben mit Rückschein“ bekanntzumachen ist, ist für ein persönliches Mitglied die Berufung zur Vertreterversammlung innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang zulässig. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung. Legt der Betroffene keine Berufung ein, so wird der Ausschluss mit dem Ablauf der Berufungsfrist wirksam.

- (7) Im Fall der Beendigung der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch auf eine Auseinandersetzung des Vereinsvermögens. Das Mitglied scheidet entschädigungslos aus.

§ 6 Organe

Organe des Vereins sind:

1. der Vorstand (§ 7)
2. die Vertreterversammlung (§ 9).

§ 7 Der Vorstand, Vertretung des Vereins

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens drei, höchstens sieben Personen: dem 1. Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und bis zu vier weiteren von der Vertreterversammlung zu wählenden Vorstandsmitgliedern.
Ein Vorstandsmitglied soll ein katholischer Geistlicher sein.
- (2) Der 1. Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter vertritt jeweils allein den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Sinn des § 26 BGB.
- (3) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf die Dauer von drei Jahren aus dem Kreis der Vereinsmitglieder durch die Vertreterversammlung gewählt. Wiederwahl ist möglich. Sie bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zu einer Neuwahl kommissarisch im Amt.

§ 8 Aufgaben des Vorstandes

- (1) Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Vereins. Die Beschlüsse der Vertreterversammlung sind durchzuführen und deren Empfehlungen zu beachten.
- (2) Der Vorstand organisiert die Wahl der Vertreter der persönlichen Mitglieder und führt diese durch.
- (3) Die Vertreterversammlung kann ein Vorstandsmitglied mit der Geschäftsführung beauftragen oder die vertragliche Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers beschließen. Diese sind jeweils dem Vorstand verantwortlich und an dessen Weisungen gebunden.

§ 9 Die Vertreterversammlung

- (1) Es nehmen teil:

die korporativen Mitglieder,

die zu wählenden Vertreter der persönlichen Mitglieder, deren Anzahl immer um einen Vertreter geringer ist, als die Anzahl der korporativen Mitglieder. Diese Vertreter werden von den persönlichen Mitgliedern aus dem Kreis der vorgeschlagenen Mitglieder in geheimer und unmittelbarer Wahl durch Briefwahl für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt – eine Wiederwahl ist möglich. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens drei persönlichen Mitgliedern unterzeichnet sein. Die Durchführung der Wahl wird durch die beigefügte Wahlordnung im Einzelnen geregelt.

- (2) Eine ordentliche Vertreterversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Der Termin wird den korporativen Mitgliedern und den gewählten Vertretern der persönlichen Mitglieder spätestens vier Wochen vorher unter Angabe der Tagesordnung durch den Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter schriftlich bekannt gegeben. Einladung und Versand der Tagesordnung erfolgt mit einfachem Brief.
- (3) Jedes korporative Mitglied und jeder gewählte Vertreter der persönlichen Mitglieder kann bis spätestens eine Woche vor der Vertreterversammlung schriftlich beim Vorsitzenden die Ergänzung der Tagesordnung beantragen.
- (4) Eine außerordentliche Vertreterversammlung muss einberufen werden, wenn wenigstens 1/3 der Stimmberechtigten eine solche unter Angabe der Gründe beim Vorstand beantragt.

- (5) Beschlussfähig ist jede nach Abs. 2 ordnungsgemäß einberufene Vertreterversammlung, wenn wenigstens die Hälfte aller Teilnahmeberechtigten anwesend ist. Ist dies nicht der Fall, hat der Vorsitzende innerhalb von vier Wochen zu einer weiteren Vertreterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuladen, welche dann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vertreter beschlussfähig ist.
- (6) Über jede Vertreterversammlung wird ein Protokoll erstellt, das der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter und ein von der Vertreterversammlung zu bestellender Protokollführer unterzeichnen.

§ 10 Aufgaben der Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. die Beobachtung der Verwirklichung der satzungsmäßigen Vereinszwecke und deren zeitgemäße Umsetzung,
2. die Wahl der Vorstandsmitglieder,
3. die Berufung und Abberufung eines Geschäftsführers nach Anhörung des Vorstandes, der ein Vorschlagsrecht hat,
4. den Erlass einer Geschäftsordnung für den Vorstand und die Geschäftsführung, deren Überprüfung und etwaige Änderung,
5. den Erlass einer Wahlordnung im Sinne des § 9 (1), deren Überprüfung und etwaige Änderung,
6. die Bestellung des Abschlussprüfers,
7. die Entgegennahme und Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung mit Entlastung des Vorstandes,
8. die Beschlussfassung über den vom Vorstand jährlich rechtzeitig zu erstellenden Haushaltsplan und dessen Finanzierung
9. die Beschlussfassung über die Aufnahme und den Ausschluss von korporativen Mitgliedern, den Ausschluss von Vorstandsmitgliedern sowie über eine Berufung gemäß § 5 (6),
10. über die Erhebung eines Mitgliedsbeitrages,
11. Satzungsänderungen einschließlich etwaiger Änderungen des Vereinszweckes.

§ 11 Stimmrecht in der Vertreterversammlung

- (1) Jeder Teilnahmeberechtigte hat eine Stimme.
- (2) Jeder Stimmberechtigte kann sich aufgrund schriftlicher Vollmacht durch einen anderen Stimmberechtigten für den Einzelfall vertreten lassen.
- (3) Beschlüsse der Vertreterversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Enthaltungen gelten als Nein-Stimmen.

- (4) Der absoluten Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten bedürfen:
1. die Wahl der Vorstandsmitglieder
 2. Beschlüsse über die Feststellung des Jahresabschlusses, des Haushaltsplanes, die mittelfristige Finanzplanung und die Abschlussprüfung.
- (5) Einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten bedürfen Beschlüsse über eine Satzungsänderung.
- (6) Einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden oder vertretenen Stimmberechtigten bedarf ein Beschluss über die Änderung des Vereinszweckes oder über die Auflösung des Vereins.

§ 12 Geschäftsführung

- (1) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.
- (2) Satzung und tatsächliche Geschäftsführung müssen im Einklang stehen.
- (3) Die Geschäftsführung und die Jahresrechnung des Vereins sind alljährlich durch einen Abschlussprüfer prüfen zu lassen. Der Prüfungsbericht und die geprüfte Bilanz des Vorjahres sind Voraussetzung und Grundlage für die Entlastung des Vorstandes.

§ 13 Satzungsänderungen

Alle Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung durch die Regierung von Schwaben.

Jede Satzungsänderung ist dem zuständigen Finanzamt durch Übersendung der geänderten Satzung anzuzeigen.

§ 14 Vermögensanfall bei Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall seiner bisherigen Zwecke fällt das Vereinsvermögen an den Bischöflichen Stuhl zu Würzburg. Dieser hat das Restvermögen unmittelbar und ausschließlich für kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke, möglichst im Sinne des Satzungszweckes, zu verwenden. Eine andere Verwendung ist unzulässig. Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 15 Inkrafttreten

Die vorstehende Satzungsneufassung wurde in der Mitgliederversammlung des Vereins vom 19.06.1995 beschlossen. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie hat der Satzungsänderung nach § 33 Abs. 2 BGB mit Schreiben vom 07.07.1995, Az. 6942 – G/3a – 35 166, die Genehmigung gegeben. Die geänderte Satzung tritt mit dieser Genehmigung in Kraft.

§ 5 (2) der Satzung wurde gemäß dem Beschluss der Vertreterversammlung vom 05.06.1996 geändert. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie hat der Satzungsänderung nach § 33 Abs. 2 BGB mit Schreiben vom 31.07.1996, Az. 6942 – G/3a – 37 225, die Genehmigung gegeben. Die geänderte Satzung tritt mit dieser Genehmigung in Kraft.

§ 5 (2) der Satzung wurde gemäß dem Beschluss der Vertreterversammlung vom 04.06.1997 geändert. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie hat der Satzungsänderung nach § 33 Abs. 2 BGB mit Schreiben vom 29.08.1997, Az. 6942 – G/3a – 35 528, die Genehmigung gegeben. Die geänderte Satzung tritt mit dieser Genehmigung in Kraft.

§ 5 (2) der Satzung wurde gemäß dem Beschluss der Vertreterversammlung vom 12.06.2007 geändert. Die Regierung von Schwaben hat der Satzungsänderung nach § 33 Abs. 2 BGB mit Schreiben vom 09.11.2007, Az. 10-1203.23/25, die Genehmigung gegeben. Die geänderte Satzung tritt mit dieser Genehmigung in Kraft.

§ 3 (1) a) und c) werden gemäß dem Beschluss der Vertreterversammlung vom 24.05.2012 geändert. Die Regierung von Schwaben hat der Satzungsänderung nach § 33 Abs. 2 BGB mit Schreiben vom 07.05.2013, Az. RvS-SG10-1203.2-7/1/8, die Genehmigung gegeben. Die geänderte Satzung tritt mit dieser Genehmigung in Kraft.

§ 1 und § 13 werden gemäß dem Beschluss der Vertreterversammlung vom 04.06.2014 geändert. Die Regierung von Schwaben hat der Satzungsänderung nach § 33 Abs. 2 BGB mit Schreiben vom 29.09.2014, Az. RvS-SG10-1203.2-7/2/2, die Genehmigung gegeben. Die geänderte Satzung tritt mit dieser Genehmigung in Kraft.

Würzburg, den 01.12.2014



1. Vorsitzender
Professor Dr. August Stich



Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Birgitta Bauer

**Articles of Association
of the
„Association for Overseas Medical Services –
MEDICAL MISSION INSTITUTE WUERZBURG“**

(as per resolutions of the General Meeting of 19.06.1995
and General Meetings of
05.06.1996, 04.06.1997, 12.06.2007, 24.05.2012 and 04.06.2014)

§ 1 Name, Registered Office and Legal Status

- (1) The Association bears the name “Association of Overseas Medical Services – Medical Mission Institute Wuerzburg” (hereinafter referred to as “Association”).
- (2) The Association has its registered office and its administration in Wuerzburg.
- (3) The Association received the legal status of a non-profit organisation by Order No. 403 b 19 of 03.11.1931 of the Bavarian Ministry of Home Affairs in accordance with § 22 of the German Civil Code.
- (4) The constitutional order of church-based ministries in the context of ecclesial employment contracts are as per the actualized and applicable version of these articles of association.

§ 2 Purpose of Association

- (1) The Association is an initiative of Christian laity, founded by missionary religious orders and congregations for comprehensive and long-term health work in the one world in the context of the Catholic Church’s mission to heal.

- (2) The Association realizes its purpose in particular through:
1. offering advice and accompaniment to Church and other health services in developing countries in the spirit of a preferential option for the poor,
 2. the preparation, continuous education and promotion of expert personnel for these services,
 3. seconding its own professional personnel to these services,
 4. professional advice to aid organisations concerning health matters,
 5. supporting scientific studies in medical and social fields, particularly in the tropics,
 6. advocacy in the public for matters of national concern of the people in developing countries,
 7. the care of sick and needy mission workers,
 8. sharing sponsorship for and cooperating with the Medical Mission Hospital Ltd Wuerzburg as a Christian hospital and training centre.
- (3) In order to achieve the purpose of its Articles the Association may found, acquire or hold shares in companies insofar as such companies further the purpose of the Association.

§ 3 Tax-privileged Purposes

- (1) In its purpose as defined in § 2, the Association pursues exclusively and directly non-profit making, charitable and scientific purposes within the scope of the paragraph titled "Tax-privileged Purposes" of the Tax Law. Thus it puts into effect:
- a) the non-profit making purposes stipulated in § 52 of the Tax Law by promoting the work of the Catholic Church in the context of its world mission, in particular by promoting health services, by running and supporting appropriate institutions and training centres, e.g. the Medical Mission Hospital Ltd and the Hanna-Decker-House, Wuerzburg;
 - b) the charitable objectives stipulated in § 53 of the Tax Law by altruistic support of needy persons,
 1. who are dependent on assistance by others on account of their physical, mental or spiritual condition,
 2. whose income does not exceed four times the base rate of Social Welfare payments as stipulated in § 22 of the Federal Social Welfare Law; in case of single persons or heads of families four times the base rate is replaced by five times the base rate. This does not apply to persons whose private

means suffice to supplement their living expenses and of whom it may be reasonably expected that they use the said private means for this purpose. If the financial situation of persons has become critical as a result of particular circumstances the support or the private means may exceed the stipulated limits. Income according to this regulation are

- a) income as stipulated in § 2 paragraph 1 of the Income Tax Law, and
- b) other payments intended or suitable to cover living expenses, which the single person or the head of the family and the other members of the household are having. Results from Social Welfare and contributions to living expenses not exceeding the level of Social Welfare are not included in the payments to persons who would be entitled to Social Welfare. Entitlements to alimony have to be considered.

The charitable purposes are particularly realized by care for sick and needy missionary workers.

- c) The Association also pursues scientific purposes by promoting research and teaching, in particular by promoting socio-medical and tropical medicine studies, for example in the Medical Mission Hospital Ltd and the Hanna-Decker-House, Wuerzburg.

- (2) The Association is altruistically active; it does not primarily pursue purposes of self-sustenance.
- (3) The financial resources of the Association as defined in § 4 may only be used in accordance with the Association's Articles. Members do not receive any grant or remuneration from the funds of the Association.
- (4) No person may profit from expenditure that is not within the purposes of the Association or received as a disproportionately high compensation. Members entrusted with an honorary office are only entitled to reimbursement of expenditures that have actually accrued to them.

§ 4 Financial Resources of the Association

Funds necessary for the realization of the Association's purposes are provided by:

1. Members' dues, the sum and due date thereof is resolved by the General Meeting,
2. donations,
3. revenue from investment of capital, and
4. other grants to the Association.

§ 5 Membership

- (1) The Association has:
 - a) Corporate Members,
 - b) Personal Members.
- (2) Corporate members of the Association are presently:
 1. Diocese of Wuerzburg, statutory public corporation
 2. DOK – Conference of Major Superiors, Germany
 3. missio – Pontifical Mission Society, Aachen
 4. missio – Pontifical Mission Society Ludwig Missionsverein KdöR, Munich
 5. Women’s Missionary Society in Germany,
 6. Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ (Pontifical Missionary Childhood of Germany)
 7. MISEREOR – German Catholic Bishops’ Organisation for Development Cooperation,
 8. DIFAEM – German Institute for Medical Mission,
 9. Association for Development Cooperation (AGEH)
 10. German Caritas Association
 11. DAHW German Leprosy Relief Association,
 12. Renovabis – Solidarity Initiative of the German Catholics with the people in Central and Eastern Europe.

Further Corporate Members may only be accepted if they support and further the purpose of the Association according to their Articles.

- (3) Personal membership is open to persons who are members of the Medical Mission Federation at the time of the implementation of these Articles. Such persons possess the right to be accepted as members of the Association. Persons prepared to support and further the goals and purposes of the Association may be accepted in addition.
- (4) Personal membership is conferred by the Board, Corporate membership by a General Meeting.
- (5) Membership is terminated by:
 1. written resignation addressed to the Board, effective at the end of a financial year,
 2. dissolution of a Corporate Member or loss of its legal status,
 3. expulsion from the Association by the Board.
- (6) A member can be expelled from the Association when he/she intentionally acts against the interests of the Association. This is particularly the case if a serious violation of the Articles or of instructions from the Association’s institutions occurs. Every member has the right to move for the expulsion of

a fellow member. A relevant decision is made by the Board in the case of personal members, by the General Meeting in the case of corporate members and members of the Board. The expelled member must be notified by certified mail of the resolution, giving reasons for it. A personal member may appeal against the resolution to the General Meeting within one month of receiving notice. The appeal keeps the resolution pending. If the person concerned does not lodge an appeal, the resolution takes effect upon the end of the notice period of appeal.

- (7) In the case of termination of membership, no distribution of the Association’s assets can be claimed. The ex-member quits without any compensation.

§ 6 Institutions

Institutions of the Association are:

1. the Board (§ 7),
2. the General Meeting (§ 9).

§ 7 The Board, representing the Association

- (1) The Board comprises at least three, and at most seven persons: the Chairman, two Vice Chairmen, and up to four further Board Members, elected by the General Meeting. One Board Member shall be a Catholic priest.
- (2) The Chairman or one of his deputies, singly and respectively, represents the Association in court and out of court in the sense of § 26 of the German Civil Code.
- (3) Members of the Board are elected by the General Meeting from the general body of Association Members for a three-year term. Re-election is possible. After the expiry of their mandate, they remain ad interim in office until new elections are held.

§ 8 Duties of the Board

- (1) The Board is responsible for directing day to day business of the Association. Decisions of the General Meeting are to be implemented and its recommendations respected.
- (2) The Board organises the election of Personal Members' Delegates to the General Meeting and conducts these elections.
- (3) The Board can commission one of its own Members to function temporarily as Chief Executive Officer or it can decide to appoint by contract a full-time Chief Executive Officer. The latter is responsible to the Board.

§ 9 General Meeting:

- (1) Members of the General Meeting are:

All Corporate Members,

Elected Delegates of the personal members, whose number is always one delegate less than the number of Corporate Members. These Delegates are elected by secret postal ballot in direct election by the personal members from the group of nominated members for a period of three years. Re-election is possible. An election nomination must be signed by at least three personal members. Details of the election procedure are stipulated in the attached Rules of Election.

- (2) An ordinary General Meeting takes place at least once a year. The Chairman or one of his deputies informs the Corporate Members and the Elected Delegates of the personal members in writing concerning the date and agenda of the General Meeting at least four weeks in advance. The invitation and agenda is sent by regular mail.
- (3) Every Corporate Member and every Elected Delegate who represents the personal members can apply in written form to the Chairman at least one week before the General Meeting for an addition to the agenda.
- (4) An Extraordinary General Meeting must be called when at least 1/3 of the members who are eligible to vote apply to the Board for such a General Meeting to take place, stating their reasons.
- (5) Every General Meeting that is called in accordance with paragraph 2 is competent to pass resolutions, when at least half of those entitled to participate are present. If this is not the case, the Chairman must issue official invitations

to another General Meeting with the same agenda within four weeks; this meeting is then competent to pass resolutions irrespective of the number of members who attend.

- (6) Minutes of every General Meeting are to be taken. They have to be signed by the Chairman or one of his deputies and a recorder appointed by the General Meeting.

§ 10 Duties of the General Meeting

The General Meeting has in particular the following duties:

1. to scrutinize the pursuit of the purposes of the Association and their contemporary application,
2. to elect the Board,
3. the appointment and dismissal of a Chief Executive Officer after consultation with the Board, which has the right to make a recommendation,
4. to enact, review and possibly amend by-laws for the Board and the Chief Executive Officer,
5. to enact, review and possibly amend the Rules of Election in accordance with § 9 (1),
6. to appoint the Auditor,
7. to receive and pass the Annual Report and the Annual Balance Sheets proposed for discharge by the Board,
8. to take decisions on the budget and its financing, which the Board must establish in time each year,
9. to pass resolutions on the acceptance and expulsion of Corporate Members, the dismissal of Board members, and an appeal in accordance with § 5 (6),
10. to determine the dues of membership,
11. to amend the Articles of Association, including possible amendments to the purpose of the Association.

§ 11 Right to vote at a General Meeting

- (1) Every person who is entitled to attend has one vote.
- (2) Every person who is entitled to vote may give proxy in a particular case to another person entitled to vote.
- (3) Decisions of the General Meeting are carried by simple majority vote of the voters present in person or by proxy. In the event of a tied vote, a proposal is considered defeated. Abstentions are accepted as nays.
- (4) An absolute majority vote of the voters present in person or by proxy is required for:
 1. the election of the Board Members,
 2. decisions concerning the passing of Annual Report and budget, the medium-term Finance Plan and the Audit.
- (5) Resolutions concerning an alteration of the Articles require a majority of 2/3 of the voters present in person or by proxy.
- (6) A resolution concerning an alteration of the purpose of the Association or concerning the dissolution of the Association requires a majority of 3/4 of the voters present in person or by proxy.

§ 12 Office of the Chief Executive Officer

- (1) The financial year of the Association is the calendar year.
- (2) Articles of Association and actual management must harmonize.
- (3) The conduct of the business of the Chief Executive Officer and the Annual Financial Statement must be audited every year. The auditor's report and the audited balance of the previous year are the prerequisite and basis for the discharge of the Board.

§ 13 Alteration of the Articles of Association

All alterations of the Articles of Association require the approval of the Government of Swabia. Every alteration of the Articles must be notified to the responsible Department of Inland Revenue by submitting a copy of the altered Articles of Association.

§ 14 Distribution of Assets in the event of Dissolution of the Association

In the event of the Association being dissolved or its previous purpose being abandoned, the assets of the Association accrue to the Bishopric of Wuerzburg. The Bishopric must use the remaining assets directly and exclusively for ecclesiastical, non-profit making or charitable purposes, as far as possible in accordance with the intentions of the purposes defined in these Articles of Association. A different use is inadmissible. Decisions concerning a future use of the assets may only be implemented upon agreement by the responsible Office of Inland Revenue.

§ 15 Effectiveness

The new version of the Articles of Association was resolved at the General Meeting of the Association on 19.06.1995. The Bavarian Ministry of Economics, Transport and Technology approved the alterations of the Articles of Association according to § 33 para. 2 of the Federal German Civil Code in its letter of 07.07.1995, Ref. 6942 – G/3a – 35 166. The altered Articles of Association take effect with this approval.

§ 5 (2) of the Articles was altered in accordance with the resolution of the General Meeting of 05.06.1996. The Bavarian Ministry for Economics, Transport and Technology approved this alteration in accordance with § 33 para. 2 of the German Civil Code in its letter of 31.07.1996, Ref. 6942 – G/3a – 37 225. The altered Articles of Association took effect with this approval.

§ 5 (2) of the Articles was altered in accordance with the resolution of the General Meeting of 04.06.1997. The Bavarian Ministry for Economics, Transport and Technology approved this alteration in accordance with § 33 para. 2 of the German Civil Code in its letter of 29.08.1997, Ref. 6942 – G/3a – 35 528. The altered Articles of Association took effect with this approval.

§ 5 (2) of the Articles was altered in accordance with the resolution of the General Meeting of 12.06.2007. The Government of Swabia approved this alteration in accordance with § 33 para. 2 of the German Civil Code in its letter of 09.11.2007,

Ref. 10-1203.23/25. The altered Articles of Association took effect with this approval.

§ 3 (1) a) and c) of the Articles were altered in accordance with the resolution of the General Meeting of 24.05.2012. The Government of Swabia approved these alterations in accordance with § 33 para. 2 of the German Civil Code in its letter of 07.05.2013, Ref. RvS-SG10-1203.2-7/1/8. The altered Articles of Association took effect with this approval.

§ 1 and § 13 of the Articles were altered in accordance with the resolution of the General Meeting of 04.06.2014. The Government of Swabia approved these alterations in accordance with § 33 para. 2 of the German Civil Code in its letter of 29.09.2014, Ref. RvS-SG10-1203.2-7/2/2. The altered Articles of Association took effect with this approval.

Würzburg, 01.12.2014



Chairman
Professor Dr. August Stich



Vice Chairlady
Dr. Birgitta Bauer

Kontakt | Contact

Missionsärztliches Institut | Medical Mission Institute
Salvatorstr. 7
97074 Würzburg

Vorstand | Board

Prof. Dr. August Stich, 1. Vorsitzender | Chairman
Tropenmedizinische Abteilung der Missionsärztlichen Klinik
Department of Tropical Medicine, Medical Mission Hospital
Tel.: +49 (0)931 791-2821
august.stich@medmissio.de

Geschäftsführer | Chief Executive Officer

Michael Kuhnert
Tel.: +49 (0)931 791-2900
gf@medmissio.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | Press and Public Relations

Elke Blüml
Tel.: +49 (0)931 791-2893
elke.blueml@medmissio.de

Dokumentationszentrum | Documentation Centre

Sieglinde Mauder
Hanna-Decker-Haus
Hermann-Schell-Str. 7
Tel.: +49 (0)931 804 85-27
sieglinde.mauder@medmissio.de

Hanna-Decker-Haus

Hermann-Schell-Str. 7
97074 Würzburg
Tel. +49 (0)931 804 85-18
Fax +49 (0)931 804 85-30
info@medmissio.de

Bankverbindung | Bank account

Deutschland | Germany:

Liga Bank Würzburg
Kto. 300 65 65
BLZ 750 903 00
BIC GENO DE F1 M05
IBAN DE58 7509 0300 0003 0065 65

International:

Commerzbank
IBAN DE 22 7908 0052 0301 1574 00
BIC DRES DE FF 790